

Tagungsbericht

Vorbemerkung:

Die für dieses Seminar Verantwortlichen ließen sich in der Seminarkonzeption von den Gefahren leiten, die den europäischen Gesellschaften nicht erst durch die Corona-Pandemie, aber durch diese ganz besonders drohen. Überall sind in je unterschiedlicher Weise zivilgesellschaftliche Aktivitäten auf dem Vormarsch und zugleich stark angefochten.

Auch in Ländern, in denen die Demokratie stabil erscheint, wachsen diese Anfechtungen angesichts der multiplen Krisen von der Klimakatastrophe bis zum Krieg in der Ukraine – Zuspitzungen, die für Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft immer bedrohlicher werden.

Durch die ungewollt lange Planungsphase für dieses Seminar haben sich zwischen 2020 und 2022 unter dem Stichwort Zivilgesellschaft ständig neue Aspekte ergeben, verbunden mit der Absicht, möglichst viele Länder in das Programm einzubringen.

a) Polen:

Der Referent, Herr Dr. Janusz Witt aus Breslau, verstand sich mit seiner langen Lebensgeschichte als Zeitzeuge für gleich mehrere Epochen der polnischen Geschichte vom Zweiten Weltkrieg an. Vor dem Hintergrund dieser Prägung skizzierte er die Weichenstellung, die sich Polen aktuell gegenüber sieht. In Kaczyńskis Version von Polen habe so etwas wie Zivilgesellschaft keinen Platz, es gehe vielmehr um Deutschfeindlichkeit, Katholische Kirche, Fremdenfeindlichkeit und Russland als Bedrohung. Mit der Diffamierung der Europäischen Union befindet sich die PiS-Regierung in direktem Widerspruch zur Mehrheit der Bevölkerung, die gleichwohl aus nationalistischer Haltung heraus die PiS gewählt habe. Die nächsten Wahlen werden dazu eine Entscheidung herbeiführen. Vieles, was jetzt in Polen außen- und europapolitisch vertreten wird, muss im Lichte dieser Wahlen verstanden werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt Polen als eine gespaltene Gesellschaft – aber anders gespalten als andere, zumal EU-Gesellschaften, und ganz besonders anders gespalten als Deutschland. Der Nationalismus der PiS produziert Feindbilder sowohl personell (Donald Tusk) als auch international, besonders Europa und Deutschland, sowie kulturell (Kaczyński: „Die Kultur des Westens ist nicht unsere Kultur“). Dem steht das liberale, weltoffene Polen gegenüber. Allerdings hat diese Spaltung keinen Einfluss auf die Haltung im Ukraine-Krieg.

Herr Witt beschrieb diese Feindbildentwicklung aus der Geschichte seit der Teilungszeit. Nach 1945 wollte man endlich die eine polnische katholische Nation. Daraus folgt eine gänzlich andere Haltung zum Thema Rechtsstaat, die der EU den Umgang mit Polen schwer macht.

Belegt wurde diese Haltung durch Beispiele aus der Kampfsprache gegen Deutschland, die bis dahin reichten, dass Deutschlands Pläne zur Aufrüstung nicht gegen Russland, sondern gegen Polen gerichtet seien, sowie gegen alles Liberale. Angefangen hat diese Spaltung nach Ansicht des Referenten mit dem Flugzeugabsturz, bei dem Präsident Lech Kaczyński ums Leben kam, dessen Bruder daran noch immer imaginierten polenfeindlichen Kräften und sogar den aus seiner Sicht unpolnischen Liberalen im eigenen Land die Schuld gibt. In diesem politischen Klima haben es NGOs und die Zivilgesellschaft insgesamt schwer, weil sie als Feinde dargestellt werden, die die Probleme von außen ins Land bringen – ganz ähnlich, wie in Russland NGOs als feindliche Agenten verfolgt werden.

Diese Spaltung wurde im Licht einiger aktueller Probleme Polens beschrieben, die alle miteinander zusammenhängen und in die innenpolitischen Auseinandersetzungen am Vorabend des Wahlkampfes eingehen:

- Wirtschaft: über 17% Inflation, Tendenz steigend.
- Energie: Braunkohle ist jetzt wieder als Hausbrand zugelassen.
- Flüchtlingsproblem: Seit Machtantritt der PiS wurden nicht einmal kirchliche Aktivitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen zugelassen. Auch alles, was derzeit für ukrainische Flüchtlinge getan wird, kommt von den Menschen, nicht von der Regierung.
- Europa: Da die Regierung die EU schlecht angreifen kann, weil 80% der Polen für die EU sind, greift sie Deutschland an und macht Wahlkampf mit der exorbitanten Reparationsforderung.

- Folge der wirtschaftlichen Situation und des politischen Klimas ist eine Ausreisewelle (nach Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Schweden, USA).

Zur Wahrung ihrer Autorität und ihrer Wahlchancen spielt die Regierung die nationalistische Karte und versucht die Reihen zu schließen durch Behauptung eines Kampfes an zwei Fronten: gegen Russland und gegen Deutschland.

In diesem Zusammenhang fällt es schwer, die Kirche als zivilgesellschaftliche Instanz aufzufassen – die Evangelische Kirche, weil sie zu klein ist, die Katholische Kirche, weil sie viel konservativer ist als die Katholische Kirche im Westen, und weil sie die Politik der PiS von Anfang an massiv unterstützt hat. So wird es nach Einschätzung des Referenten noch lange dauern, bis sich die Katholische Kirche dem Missbrauchsproblem stellt, wie es in Deutschland wenigstens ansatzweise geschieht.

Die Frage, wie sich etwas zum Besseren wandeln könnte, beantwortet Herr Witt mit der Hoffnung auf die Parlamentswahlen im kommenden Jahr.

b) Frankreich:

Während in Polen die Zivilgesellschaft von oben massiv unter Druck steht, ist in Frankreich die Demokratie in Gefahr, von unten ausgehöhlt zu werden. Daher stellt sich die Frage nach zivilgesellschaftlichen Positionen ganz anders als in den meisten übrigen Staaten Europas. Dazu stellte der Referent, Herr Danny Leder aus Paris, folgende Besonderheiten vor:

- Die aktuelle Staatsführung steht auf tönernen Füßen.
- Das ist ein langanhaltender Zerfallsprozess: Absetzbewegung der Arbeiterschaft (Niedergang der Industrie) erfasst inzwischen die arbeitende Bevölkerung insgesamt.
- Eine Folge ist die Marginalisierung der linken Parteien.
- Ideologische und konfessionelle Bindungen sind verschwunden oder haben sich verändert (Beispiel: Islamismus).
- Die Auflösung traditioneller Milieus hat zu sozialpolitischer Lagerbildung beigetragen.
- Macrons proeuropäische Sammlungsbewegung erfüllt nicht die Erwartungen, die an sie gerichtet werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Hoffnung auf Europa etwa gänzlich verschwunden wäre.

Die Rahmenbedingungen, die sich daraus für zivilgesellschaftliches Engagement in positiver und negativer Hinsicht ergeben, sind geprägt u.a. durch:

- Die spezifisch französische revolutionäre Tradition manifestiert sich bis heute in einem anderen Verständnis von und Umgang mit Konflikten.
- Stabile Mehrheiten werden immer seltener.
- Die strukturellen Probleme haben dazu geführt, dass es immer mehr Wahlenthaltung gibt. In Frankreich werden Wahlergebnisse nicht in % der abgegebenen gültigen Stimmen gemessen, sondern in % der Wahlberechtigten – so kommt es, dass die „Non-Exprimés“ mit 54% die stärkste „Partei“ sind.
- Zwischen Wahlenthaltung und Protestverhalten gibt es einen Zusammenhang, oder – anders ausgedrückt: Wer nicht zur Wahl geht, kann deshalb nicht für politisch desinteressiert gehalten werden; vielmehr hält er den Druck der Straße für das effektivere Mittel, sich politisch auszudrücken.
- Die Aufschlüsselung der Wahlenthaltung nach Altersgruppen zeigt, dass die jüngere Generation zu 70% nicht zur Wahl geht – mit der Folge, dass die Volksvertreter überwiegend von gutsituierten Rentnern gewählt werden.
- In dieser Kulisse entstand die Gelbwesten-Bewegung aus einem scheinbar geringfügigen, in Wirklichkeit mit sozialpolitischem Sprengstoff versehenen Anlass: Benzinpreiserhöhung. Die Explosivität dieser Bewegung wäre ohne den industriellen Niedergang, der in Frankreich wesentlich radikaler verlaufen ist als z.B. in Deutschland, nicht vorstellbar.
- Durch diesen Niedergang ging die soziale Funktion von Betrieben verloren; der parallele Aufstieg der „hypermarchés“ als neue neuralgische Zentren kann das nicht ausgleichen.
- Die Rolle der katholischen Kirche hat einen erstaunlichen Wandel durchgemacht: 1968 standen Katholiken an der Spitze des Aufbegehrens, verbunden mit der Vorreiterrolle bei Streiks (Arbeiterpriester). Heute steht die katholische Tradition gegen angebliche Vorherrschaft der Freimaurer und Protestanten.

- Die sozialen Folgen dieser Gemengelage manifestieren sich nicht nur, aber besonders in den „banlieues“, in den sozialen Brennpunkten der Vorstädte, wo sich spontane Komitees der Mütter teilweise mit Erfolg für Maßnahmen gegen Drogendealer und Bandenkämpfe einsetzen.
- Nicht nur in Frankreich, aber dort besonders dringen demokratiefeindliche Tendenzen und Kräfte ins Establishment: in Frankreich „Rassemblement national“ (Marine Le Pen), „Reconquête“ (Éric Zemmour) u.a., in Deutschland die AfD, in beiden Ländern in je unterschiedlicher Weise Ausdruck von Fehlentwicklungen der politischen Kultur, die sich auch im Auftreten rechtsextremer Gruppen widerspiegeln.

Bei all den geschilderten Problemen kamen einige positive Aspekte zum Bestand der Demokratie zur Sprache: Der Zustand der Politik in Frankreich ist nicht so desaströs, wie es den Anschein hat. So haben die Maßnahmen der Regierung, die Macron vordergründig als Präsident der Reichen erscheinen ließen, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bewirkt. Ferner spricht nichts dagegen, dass dieselbe Dynamik, die das Parteiensystem durcheinander gewirbelt hat, auch wieder zu dessen Stabilisierung und damit zu einer Erneuerung der Parteien beitragen könnte, die derzeit am Boden liegen – Fazit: Bei allem Weh und Ach wird die Zivilgesellschaft in Frankreich die etablierte Politik, also die „Eliten“ auf Trab halten.

c) Niederlande:

Das Beispiel Niederlande unterscheidet sich gegenüber den übrigen durch folgende Besonderheiten der politischen Kultur:

- Die Parteienzersplitterung ist für die Niederlande normal: Derzeit gibt es 20 Fraktionen im Parlament (Tweede Kamer).
- Dementsprechend stellt sich die Parteienlandschaft, auch innerhalb einer jeden politischen Couleur, immer wieder neu auf durch Abspaltungen, Austritte usw.
- Auch die größte Oppositionspartei, die rechtsextreme Partij van de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders, hat mit dem Forum voor Democratie Konkurrenz bekommen.
- Mit einem kryptischen Satz von der „Eule der Minerva“ hat deren Parteichef Thierry Baudet seiner Partei einen intellektuellen Anstrich zu geben versucht, um damit auch gebildete Schichten für die Rechte zu gewinnen. Insgesamt haben die Abspaltungen im rechtspopulistischen Potenzial eine Steigerung auf 29 Parlamentssitze ergeben, verteilt auf mindestens 4 Fraktionen.

In der Diskussion und durch Rückfragen an den Referenten, Herrn Dahlmer vom Zentrum für Niederlande-Studien an der Universität Münster, wurden sowohl zu Frankreich als auch zu den Niederlanden folgende Aspekte zu einer Definition von Rechtspopulismus angesprochen:

- Hervorzuheben ist im Rechtspopulismus die Bedeutung von Persönlichkeiten, insbes. im Zusammenhang mit skandalösen Äußerungen und Verhaltensweisen, durch die der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich wird – erstaunlich, dass das beim harten Kern der rechtspopulistischen Wähler keine Wirkung zeigt (hierin dem Phänomen Trump nicht unähnlich).
- Angst vor Identitätsverlust und die damit verbundene Fremden- und Europafeindlichkeit ist ebenfalls ein gemeinsamer Nenner des Rechtspopulismus und geht weit über die Parteien hinaus auch auf die vielen außerparlamentarischen Gruppen über. (Beispiele: die Identitären, Coronaleugner und Impfgegner, Querdenker – und nicht zuletzt auch Teile der Gelbwesten).
- Gemeinsam ist den Rechtspopulisten auch die Diffamierung der EU – allerdings darf diese dort, wo die Mehrheit pro-europäisch eingestellt ist, nicht zu weit gehen. In Frankreich wäre ein „Frexit“ nicht denkbar, also musste Le Pen etwas zurückstecken. Um ein Aufhalten der europäischen Integration geht es ihr aber weiterhin, darin nicht unähnlich vielen anderen Bewegungen in Europa.
- Ihnen allen ist gemeinsam: Sobald ihr ursprüngliches Thema an Aktualität verliert, suchen sie sich ein neues, das Konjunktur hat und ihnen die Möglichkeit gibt, gegen möglichst viel zu sein, was das Feindbild Establishment im weitesten Sinne aufrecht erhält und in Druck von der Straße umgemünzt werden kann. Dadurch machen sich Rechtspopulisten sämtliche krisenbedingten Entwicklungen von Migration, Corona bis zum Krieg zunutze.

Parallel zum Aufstieg des Rechtspopulismus sind die sozialdemokratischen und grünen Parteien in Frankreich und den Niederlanden fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Lediglich Frans Timmermans ist als europapolitisches Schwergewicht noch eine Galionsfigur der niederländischen Sozialdemokraten.

Auch das sind Probleme, die in das Thema Rechtspopulismus hineinspielen: In beiden Ländern wurde die europäische Verfassung per Plebiszit abgelehnt, gleichzeitig hat sich die EU nach Osten erweitert. In den Niederlanden hat sich die Regierung wahlkampfbedingt aus der Verfassungsfrage herausgehalten, in Frankreich wird sehr skeptisch beobachtet, dass Frankreich umso weiter an die Peripherie der EU rückt, je weiter diese sich nach Osten ausdehnt.

Der Missbrauch des Themas Integration – sowohl der europäischen als auch der Integration von Migranten – durch Rechtspopulisten mündet aber auch in die Frage nach Versäumnissen der Politik in diesen Zusammenhängen: Die Entscheidungslosigkeit der EU-Politik in diesen Fragen ist eine offene Flanke, die von Demokratiefeinden in Ost und West ausgenutzt wird.

Abschließend wurde in dieser Diskussionsrunde selbstverständlich die Frage nach den Positionen zum Ukraine-Krieg gefragt. In Frankreich bestand und besteht weitgehend Konsens, selbst die Putin-freundliche Le Pen hat ziemlich schnell umgeschaltet. Wie weit das hält, wenn die wirtschaftlichen Folgen stärker spürbar werden, bleibt dahingestellt. In den Niederlanden war Putin Leitfigur für die gesamte Rechte – und ist es zum Teil immer noch.

d) Rumänien, Slowakei und Tschechien:

Herr Dr. Spöri (Universität Wien) betrachtete gleich drei osteuropäische Länder im Überblick und beschäftigte sich zu Beginn mit dem Begriff „Autokratie“: 70% aller Menschen leben heute in Autokratien, 2011 waren es 49%. Herausgearbeitet wurden folgende Muster des Prinzips Autokratie:

- Angriffe auf Parlamentarismus, Zivilgesellschaft, Presse und Medien und auf die Unabhängigkeit der Justiz,
- Ziel: Spaltung der Gesellschaft zu deren Beherrschbarkeit durch bestimmte Gruppen oder Parteien.

Die Bestandsaufnahme der Zivilgesellschaft in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, die jetzt in der Europäischen Union sind, muss folgende Faktoren in Rechnung stellen:

- Die Erfahrung der Transformation, in der es Gewinner und Verlierer gibt, ist allen gemeinsam. In der Folge ist das Vertrauen in die politische Elite und in die politischen Institutionen immer geringer geworden – sogar das Vertrauen in andere Menschen hat gelitten.
- Die Hoffnung, dass Demokratie persönliche Probleme in der Transformation lösen helfen kann, wird schon in den 90er Jahren zunichte gemacht. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung ist entsprechend besorgniserregend.
- Das alles trifft auf das Erbe des Sozialismus, in dem der Rückzug ins Private vielfach geübte Praxis war.

Im Gegensatz zu Polen, wo die autokratisch regierende PiS bisher Mehrheiten gewinnen konnte, machen in Rumänien, Tschechien und in der Slowakei bestimmte Vorgänge Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft möglich:

- Kampf gegen die Korruption: In Tschechien kostet Subventionsbetrug (Agrofert, Storchenest) den Ministerpräsidenten Babiš das Amt und führt sogar zu einer Anklage. „Eine Million Augenblicke für die Demokratie“ bringt sich aktuell besonders ein in den Protest gegen den Ukraine-Krieg.
- Kampf gegen die Unterwanderung der Justiz: In der Slowakei fördern Ermittlungen zu dem Mord an dem Investigativ-Journalisten Kuciak Korruption in der Justiz zutage, die über Jahrzehnte gewachsen ist. In der Folge müssen Freisprüche im Fall Kuciak zurückgenommen werden; gegen zahlreiche Richter und Justizbehörden laufen Ermittlungen. Der Fall ist nicht zuletzt ein Beispiel dafür, wie sehr die Kämpfe gegen Korruption, für Rechtsstaatlichkeit und für Pressefreiheit miteinander zusammenhängen – und wie viele zivilgesellschaftliche Akteure darin engagiert sind, teilweise bis zur Gefahr für Leib und Leben.
- Rumänien: Umweltschutz-Aktivisten im Bündnis mit einigen Politikern behaupten sich im Kampf gegen mächtige Investoren (in diesem Fall aus Kanada) und teilweise sogar gegen allzu investorenfreundliche Gerichtsurteile (Roșia Montană). Korruptionsskandale rufen die EU auf den Plan, die Regierung wehrt sich mehr oder weniger vergeblich gegen diese Beaufsichtigung.

In allen drei Beispielen sind es zivilgesellschaftliche Bewegungen, die mittels Druck von der Straße für Veränderungen sorgen, bis hin zu Regierungswechseln. Die EU könnte sich noch intensiver am Kampf gegen Korruption und für Rechtsstaatlichkeit engagieren.¹

e) Ungarn:

Herr Pröhle, Politiker und Diplomat, zeitweise Botschafter Ungarns in Deutschland und in der Schweiz, legte den Schwerpunkt seines Beitrages weniger auf die Entwicklung Ungarns zur „liberalen“ Demokratie unter dem dienstältesten Regierungschef in der EU, und die Anfechtungen, die daraus für zivilgesellschaftliche Aktivitäten folgen, sondern mehr auf die historischen Hintergründe, die das Prinzip Zivilgesellschaft heute prägen. Zugleich beruhten seine Positionen auf seiner aktuellen Funktion als Landeskurator der Ev.-Luth. Kirche Ungarns, z.B.:

- Ab 1989 sind die politischen Parteien aus der Zivilgesellschaft hervorgegangen, negativ ausgedrückt: Zivilgesellschaft ist auf Grund der Entstehungsgeschichte durch Parteipolitik unterwandert.
- Negative Auswirkungen haben und hatten auch die schnelle Entwicklung der Kommunikationstechniken und -strukturen.
- Wie sollen Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure wirken, also politische Themen besetzen, wenn die Kirchen leer sind?
- Die Wende von 1989 hat in allen Ländern eine unterschiedliche Vorgeschichte: In Ungarn, das unter dem Stichwort Gulaschkommunismus und relativer Freiheit wahrgenommen wurde, haben die Kirchen im Systemwechsel kaum eine Rolle gespielt.
- Der Systemwechsel verlief in Ungarn sehr geschmeidig, so dass es keine „Vergangenheitsbewältigung“ gab – Beispiel: Die Befugnisse des Verfassungsgerichts wurden noch vom letzten kommunistischen Parlament beschlossen.
- Die Ergebnisse der Wende sind nicht immer die bestmöglichen, jedenfalls weder im Guten noch im Schlechten vergleichbar mit westlichen Demokratien.

Durch Rückfragen wurden anschließend Auskünfte über die heutige Rolle der Kirchen i.V.m. der Zivilgesellschaft und mit ihrer Stellung gegenüber Staat und Politik miteinander verknüpft, so wie sie die ungarische Politik prägen:

- Unter welchen Messungen auch immer – Kirchen sind auf dem Rückzug, v.a. unter der Jugend. In Ungarn steigt gleichwohl der Zulauf von Schülern auf kirchliche Schuleinrichtungen; die Regierung Orban macht eine kirchenfreundliche Politik. Die Frage, ob sich die Kirchen deshalb zur Unterstützung der Orban-Regierung verpflichtet fühlen, mündete in die alte lutherische Frage: Wie halten wir es mit der Obrigkeit?
- Protest gegen Regierung und Politik ist nicht die einzige Aufgabe der Zivilgesellschaft.
- Am Beispiel Ukraine: Wie definiert man einen gerechten Krieg?
- Wie ist die Reaktion auf grassierende Verweltlichung und Libertinismus (was nicht dasselbe ist wie Freiheit)?
- Der Ausblick ist unentschieden: Welche Folgen haben die vorgenannten Faktoren, wie reagieren Kirchen auf Säkularisierung?

Diese Aspekte prägen auch die Konflikte zwischen der EU und Ungarn. Dazu zitierte der Referent sinngemäß Orban: Zeigt mir einen Paragraphen, den ich verletzt habe, und ich werde das Gesetz ändern.

Im Anschluss daran entstand eine offene Kontroverse durch Kritik an den ausgesprochen vorsichtigen bis wohlwollenden Positionen gegenüber der Regierung Orban, vorgetragen von dem Referenten aus Frankreich, der zugleich den Blick auf Österreich und Ostmitteleuropa richtete. Seine drastische These lautete: Wenn wir Populismus, Illiberalismus und verwandte Erscheinungen immer so schonend vermahlen, landen wir unwillkürlich im Lager Putins. Dem begegnete der ungarische Referent nicht minder deutlich: Solche Vergleiche bringen nichts, der inflationäre Gebrauch des Begriffs Populismus sei Denkfaulheit. Stattdessen solle man (gerade mit Blick auf die stattliche Fides-Mehrheit) bedenken: Zivilgesellschaft und Politik haben mit Wahlen zu tun – also: Redet mit dem Volk und überzeugt es!

¹ Forschungsgruppe Osteuropa am Institut für politische Wissenschaften der Universität Wien:
<https://eastblog.univie.ac.at>

f) Deutschland:

Nachdem Licht und Schatten am Beispiel ostmitteleuropäischer Staaten diskutiert worden waren, beschrieb Herr Dr. Saldivia Gonzatti (Wissenschaftszentrum Berlin) helle und dunkle Seiten der Zivilgesellschaft in Deutschland: Auch demokratieskeptische bis -feindliche Proteste, etwa unter Querdenken, Coronaleugnern, Impfgegnern, sind zivilgesellschaftliche Erscheinungen. Beide Seiten, die helle wie die dunkle, sind parallel laufende Entwicklungen.

Aufschlussreiche Ergebnisse zeitigt die quantitative Ermittlung, z.B. zum Thema Corona: Wie hoch ist der Anteil des Themas am Protestgeschehen? Das betrifft natürlich auch andere Themen. Es kommt dabei sehr darauf an, ob es sich bei Demonstrationen um ein bestimmtes, gleich bleibendes Thema (z.B. Klimaschutz) handelt, oder ob eine grundsätzliche Anti-Stimmung offene Flanken bietet für Missbrauch durch Rechtsradikale, die sich in jedes Thema einlinken, von dem sie sich Aufmerksamkeit und Zulauf versprechen. So werden Coronapolitik, Verschwörungsmythen und Anti-System-Mobilisierung zu einer Gemengelage des Protestpotenzials.

Auch über den Zusammenhang der Themen und die Gewaltbereitschaft gab der Referent Auskunft. Während die Hälfte der AfD-Wähler Verständnis zeigen für diese Proteste, äußern dies nur (aber immerhin) ein Drittel der Nicht-Repräsentativen (Befragte, die sich keiner Partei zuordnen). Bei Präsenz von Rechtsradikalen während der Demonstrationen sinkt das Verständnis für die Proteste, wogegen – sehr bedenklich – die Bereitschaft zur Gewalt keinen Effekt auf die Unterstützung hat.

Indem sich Kräfte der Negation von Demokratie ständig aller nur denkbarer Themen bemächtigen, entsteht eine Form von Aufregung, zu deren Folge das Gefühl gehört, man könne seine Meinung nicht mehr frei sagen – diese Meinung teilen satte 45% der Deutschen.

Leitmotiv der Diskussion war: Welche zivilgesellschaftliche Seite oder Thematik des Engagements auch immer – allen ist gemeinsam, dass sie auf Defizite im politischen Geschehen und auf Mangel an Vertrauen in politisch Handelnde (sog. „Eliten“) hinweisen. Gerade im kommunalen Bereich, in dem sich viele zivilgesellschaftliche Akteure tummeln, ist Professionalisierung der Kommunalpolitik die Minimalbedingung, um verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen – wenn es da nicht gelingt, wird es auf der „großen“ politischen Bühne erst recht nicht reichen.²

g) Die europäische Zukunft entscheidet sich im Osten

Das Prinzip Zivilgesellschaft bewegt sich im Kräftefeld zwischen Macht und Werten: Die Beispiele, die in der Betrachtung der verschiedenen Länder behandelt wurden, verweisen darauf, dass immer dann, wenn der Faktor Macht seine Wertebasis und damit seine Legitimität zu verlieren droht, ruft eine Vertrauenskrise zivilgesellschaftliche Akteure auf den Plan. Inwieweit diese Erfolg haben, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es sich um eine liberale Gesellschaft handelt.

Vor diesem Hintergrund entwickelte Herr Weisskirchen, langjähriger SPD-Bundestagsabgeordneter, seine Thesen zur europäischen Zukunft und ihren Voraussetzungen:

- Freiheit weist einen positiven und negativen Kern in jedem Menschen auf (I. Berlin, Th.W. Adorno).
- Diese Dialektik erzeugt die Crux des Liberalismus: die Notwendigkeit der (Selbst-)Kritik.
- Diese Crux macht sich der Faktor Macht zunutze und bemächtigt sich ihrer.
- Damit ist die Geschichte der Freiheit von Anfang an befleckt; da wir aber nicht in den Traumata der Vergangenheit verharren dürfen, müssen wir uns über die Wertekonstellation in der liberalen Moderne immer wieder neu verständigen und Macht auf Werte verpflichten.
- Die Zyniker der Macht aber nutzen die offene Flanke des Liberalismus gegen die Wertekonstellation aus und missbrauchen die Werte, indem sie sie vom Prinzip Macht abtrennen. Eine solche Purifizierung der Macht führt in den Untergang – über die Autokratie in die Diktatur (Weber, Bloch, Lukács, Arendt).

Diese Prozesse und der Kampf gegen ihre Folgen sind alles andere als schmerzfrei. Die Transformationsprozesse in Osteuropa ab 1990, am stärksten in der ehem. Sowjetunion, zeitigten oli-

² Weitere Beiträge zu diesem Thema enthalten die WZB Mitteilungen Heft 176, Juni 2022:
<https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen/nr-176-gewalt>

garchische Strukturen – die Gewinner der Prozesse haben sich den gesellschaftlichen Reichtum angeeignet. Allein schon damit war die naive Erwartung des Westens ad absurdum geführt, der Anspruch auf die universale Geltung der Menschenrechte und die Verankerung der Demokratie hätten sich behauptet („Ende der Geschichte“).

Zu dieser trügerischen Erwartung gehörte auch, man könnte im Osten die Wohlstandsgewinne, wie sie im Westen seit den 70er Jahren entstanden waren, mit den Mitteln eines eingehegten Kapitalismus etablieren – heraus kam eine ökonomische Eroberung (J. Sachs in Jelzins Russland), fälschlich Neoliberalismus genannt. Der dadurch verursachte Schmerz leitet bis heute Wasser auf die Mühlen der Populisten.

Dagegen müssen wir:

- an der Werteordnung festhalten;
- am konstitutionellen Rahmen (EU) weiter arbeiten;
- offen und selbstkritisch sein, aber zugleich Kritik abwehren, die im Gewand der Berechtigung daherkommt, aber in Wirklichkeit ganz andere Ziele verfolgt – z.B. ein eigenes Süppchen auf den multiplen Krisen köcheln will wie z.B. gewisse Protestbewegungen oder einige autokratische Staaten.

Kopf der letztgenannten Richtung ist derzeit Putin, indem er die Pariser Charta missachtet. Leider hat auch der „Westen“ gegen die Regel verstoßen, dass insbes. territorialer Streit im Konsens zu lösen sei – nämlich in Ex-Jugoslawien.

In seinem Ausblick äußerte der Referent die Hoffnung, dass die multiplen Krisen, die sich überschlagen und nicht Krisen des Nationalstaates allein, sondern an die Globalisierung gebunden sind, alte Werte wieder erneuern – eben wegen der Globalität, allen voran das Überleben der Menschheit in der großen Transformation, in der wir uns befinden.

In der Diskussion kamen Zweifel auf, dass die beschriebenen Gefahren von den Rändern ausgehen – wie sieht denn die Mitte aus, zumal die europäische Mitte? Dies knüpfte direkt an die Forderung nach Weiterentwicklung der EU-Verfasstheit an. Das Thema wurde in der Podiumsdiskussion mit den Referenten wieder aufgenommen.

Eingebracht wurde auch die Beurteilung westlicher politischer Kulturen, die nur unzulänglich verdecken können, dass auch sie den Zynismus der Macht gegen eine wertebasierte Politik nach innen und außen in Stellung bringen. So gibt es in der jüngeren Geschichte z.B. einen wunden Punkt in der parlamentarischen Demokratie, den man als Basta-Politik bezeichnen könnte, z.B. TINA (There is no alternative), Schröder-Blair Papier, Merkels AKW-Stopp nach Fukushima – alles Dinge, die Wirkung entfaltet haben, als wären sie parlamentarisch abgesegnet, was sie aber nie waren. Parlamentarische Demokratie ist fehlerbehaftet, und Fehler können sich durchsetzen – was für zivilgesellschaftliche Aktivitäten weite Betätigungsfelder eröffnet.

Abschließend wurde auch die Rolle der USA erörtert. Indem Trump die Werteordnung zerlegt und zugleich sie wiederherzustellen behauptet, stehen wir Europäer vor der unerquicklichen Wahl: Wenn wir schon nicht souverän genug sind, stützen wir uns besser auf die USA als auf Russland und/oder China.

Podiumsdiskussion: Zwischen Aufbruch und Aufruhr – Hoffnung für Europa?

In der abschließenden Podiumsdiskussion erhielten alle Referenten nacheinander die Gelegenheit zu einem Statement unter dem Motto „Hoffnung für Europa – Hoffnung auf Europa“:

- Herr Witt (Breslau) erinnerte an den Beitritt seines Landes zur EU: Wer war damals dagegen, wer war dafür? Angesichts der eindeutigen Position der Mehrheit zur EU muss selbst die PiS mit ihrer Gegnerschaft zur europäischen Idee und Praxis vorsichtig sein. Mit Blick auf die vorher geforderte weitere konstitutionelle Entwicklung appellierte er: „Lasst uns Europa eine Seele geben!“
- Herr Spöri (Universität Wien, Forschungsgruppe Osteuropa) verwies auf eine aktuelle, sehr ambivalente Äußerung des EU-Außenbeauftragten Borell: Europa ist ein Garten, und der Rest der Welt ist ein Dschungel (sinngemäß). Demgegenüber mahnte Herr Spöri: Wir sollten demütig auf die Welt zugehen, als Deutsche wie als Europäer. Die Hoffnung geht von den Menschen aus – oder gar nicht.
- Herr Dahlmer (Münster, Niederlande-Studien) nannte die Erasmus-Programme als Erfolgsgeschichte und Hoffnung für Europa. Er verwies darauf, dass Europa nicht nur die EU sei, was besonders für das Eintreten für Menschenrechte wichtig sei.

- Herr Leder (Paris) empfand die bisherigen Beiträge zu optimistisch. Er befürchtet, dass das große europäische Projekt nicht ohne eine transnationale europäische Souveränität mit den multiplen Krisen fertig werden kann – und die sei noch in weiter Ferne.
- Herr Weisskirchen (Wiesloch) knüpfte direkt daran: Vor einer gemeinsamen Struktur braucht es das gemeinsame Bewusstsein von der gemeinsamen Geschichte. Es müssen weitere Brücken gebaut werden, deshalb gehöre die Ukraine in die EU – eine gewaltige Aufgabe, die erst möglich wird, wenn der Krieg zu Ende ist.
- Herr Pröhle (Budapest) wandte sich direkt gegen eine weitere europäische Integration. Vielmehr müsse die Wertebasis aus jüdisch-christlichem Gedankengut und Aufklärung in ihrer empfindlichen Balance bewahrt werden. Dafür seien die „Vereinigten Staaten von Europa“ kein Weg – und er lobte in dieser Hinsicht die „Weisheit der Gründerväter“.
- Herr Warnecke, Vorsitzender der EGB, sprang Herrn Pröhle bei und plädierte unter Berufung auf Ralf Dahrendorf (1992)³ für das Prinzip Nation als tragende Säule der europäischen Idee gegen ein Europa der Regionen oder eine europäische Republik, wie sie von Ulrike Guérot und Robert Menasse (2012ff.)⁴ propagiert wird.
- Herr Leder ergänzte, dass aus französischer Sicht zur europäischen Wertebasis auch der Islam gehöre. Außerdem reiche die gegenwärtige Verfassung, in der sich die EU kraft ihrer Vertragswerke befinde, nicht aus, um die Übermacht wirtschaftlicher Interessen in den Griff zu bekommen – dazu brauche es eine echte Staatengemeinschaft mit entsprechender Sozialpolitik.
- Herr Pröhle wandte sich direkt sowohl gegen eine weitere Internationalität der EU als auch gegen den Islam als Teil des europäischen Wertekanons.
- Herr Weisskirchen kam zurück auf die europäische Ursprungsidee, in der es nicht zuletzt darum gegangen sei, eine neue Rolle für das gebändigte Deutschland zu finden. Daraus entwickelte sich ein dynamischer, unabgeschlossener und unabschließbarer Prozess – den Disput, wie er auch in dieser Runde geführt wurde, sollten wir aushalten.
- Herr Pastor Fendler (Gustav-Adolf-Werk), der am Vorabend den Gottesdienst gestaltet hatte, kann auf langjährige Erfahrung als Pfarrer in Russland zurückgreifen. Er stellte klar: Wir können Russland nicht aus Europa und aus dem europäischen Projekt herausdenken. Wie könnte eine entsprechende Einladung an Russland aussehen (nach Überwindung des heutigen Regimes)? Welche Angebote könnte sie enthalten? Wer könnte sie vortragen? Wäre das Angebot an Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ein geeignetes Muster?

Das Schlusswort dazu kam von Herrn Weisskirchen: Er plädierte für Demut, wie Herr Spöri zu Beginn. Nie wieder dürfe Deutschland ein Angebot über die Köpfe der anderen Völker hinweg unterbreiten!

³ Wege in die Irrelevanz. Schwierigkeiten mit der Bürgergesellschaft; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.10.1992

⁴ R. Menasse, Europa Countdown; Süddeutsche Zeitung, 06.09.2012